

27.Juni 2002

Landtag von Niederösterreich  
Landtagsdirektion  
Eing.: 27.06.2002  
zu Ltg.-985/B-43/4-2002  
~~Ausschuss~~

## RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Moser

zur Vorlage der Landesregierung **betreffend finanzielle Auswirkungen des EU-Beitrittes im Jahre 2001 betreffend Halbzeitbewertung der Agenda 2000**,  
LT-985/B-43/4

Mit der Agenda 2000 wurden umfangreiche Reformen festgelegt und in der Folge stabile Rahmenbedingungen für die Gemeinsame Agrarpolitik geschaffen, die bis zum Jahr 2006 gelten.

In der Diskussion der letzten Tage war die Tendenz festzustellen, anlässlich der bevorstehenden Halbzeitbewertung (mid-term-Review) wieder gravierende Reformen in der Gemeinsamen Agrarpolitik zu verlangen.

Diese Forderungen werden auch immer wieder im Hinblick auf die geplante EU-Erweiterung erhoben, wobei als Argument vorgebracht wird, dass ohne eine Reform die Erweiterung nicht finanzierbar wäre. Es war jedoch immer klar, dass der beschlossene Finanzrahmen der Agrarleitlinie ausreicht, die Gemeinsame Agrarpolitik auch nach der Erweiterung zu finanzieren.

Jede Senkung von Marktordnungsprämien würde zu massiven Einkommensverlusten für die Bauern führen, die durch zusätzliche Mittel aus den nationalen Budgets aufgefangen werden müssten. Gerade in den Grenzregionen würde jede weitere Verunsicherung den Bestrebungen des Landes entgegenlaufen, diese Regionen durch besondere Schwerpunkte im Hinblick auf die Erweiterung zu stärken.

Die Halbzeitbewertung sollte vielmehr dazu genützt werden, angesichts der angespannten Preissituation im Milch- und Getreidebereich durch einen optimalen

Einsatz der Maßnahmen der Gemeinsamen Marktordnung einen Beitrag zur Stabilisierung zu leisten (z.B. durch eine offensive Exportpolitik und durch die Absicherung der landwirtschaftlichen Produktion auch an den Außengrenzen unseres Landes).

Der Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass die anstehende Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht dazu verwendet wird, aufgrund der bereits bestehenden Forderungen nach tiefgreifenden Reformen, das stabile System der Agenda 2000 in Frage zu stellen.“